

Fraktion
DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach



**BÜRGER
PARTEI GL**

Stadt Bergisch Gladbach
Einwurf Nachbriefkasten

am: 28. Aug. 2017

DIE LINKE.

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

Frank Samirae
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Tel.: 02202 142458 Fax: 02202 142448
E-Mail samirae@buergerpartei.gl

28.08.2017

Unser Zeichen: DP-2017-0001

Antrag zum sozialen Wohnungsbau an den Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss

Sehr geehrter Herr Urbach,

wir beantragen auf der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Wenn Flächen zu Bauland gemacht werden, d.h. durch einen Bebauungsplan als Wohnflächen ausgewiesen werden sollen, ist der Eigentümer und/oder Investor vor Aufstellung des Bebauungsplanes durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag verbindlich zu verpflichten, 25 % der dort zu erstellenden Wohneinheiten als sozial geförderten Wohnungsbau zu errichten. Andernfalls wird kein Bebauungsplan aufgestellt und die betreffende Fläche nicht als Bauland ausgewiesen.
2. Im Gegenzug verzichtet die Stadt Bergisch Gladbach auf die 20%-ige Wertschöpfungsabgabe nach den Bestimmungen des Baulandmanagements.

Begründung

Wir nehmen uns als Vorbild die Stadt Tübingen, die in vergleichbarer geographischer Situation wie Bergisch Gladbach ist, d.h. sich im Speckgürtel der Stadt Stuttgart befindet und ebenso mit exorbitant steigenden Grundstücks- und Mietpreisen konfrontiert ist.

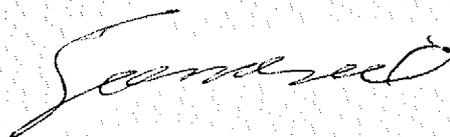
In hochpreisigen Ballungsgebieten kann erforderlicher sozialer Wohnungsbau nur noch durch restriktive Eingriffe in den Immobilienmarkt realisiert werden. Im Wege einer vertraglichen Gestaltung lassen sich die notwendigen Eingriffe in Eigentumsrechte ermöglichen. Das sozialer Wohnungsbau neben normaler Wohnbebauung durchaus sozial verträglich ist zeigt der Alte Trassweg in Refrath und die Bebauung in der Marijampolestrasse (Hand).

Das sozialer Wohnungsbau auch architektonisch gefällig gestaltet und mit anderer Wohnbebauung gemischt werden kann zeigen die Neubauten der RBS in der Märchensiedlung.

Durch den Verzicht auf die Baulandmanagementabgabe trägt die Stadt ihren Anteil bei zum dringend benötigten sozialen Wohnungsbau. Durch diesen Verzicht ist die vertragliche Verpflichtung zur Errichtung der Sozialbauwohnungen auch gegenüber den jeweiligen Eigentümern bzw. Investoren vermittelbar.



Thomas Klein
Fraktionsvorsitzender



Frank Samirae
stellv. Fraktionsvorsitzender

Lucia Misini
stellv. Fraktionsvorsitzende